Muster 25 **Richtl.-Nr. 23 Abs. 6**

(Vorlage an die Planfeststellungsbehörde nach Absehen vom Erörterungstermin)

....., den .....
(Anhörungsbehörde)

An
.....
(Planfeststellungsbehörde)

Planfeststellung für ... (Bauvorhaben) von ... bis ... in der/den Gemeinde(n) ...

Anlg.: (z. B.
- Vorgänge über den Ablauf des Anhörungsverfahrens
- Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange
- Einwendungen und ergänzende Äußerungen gemäß § 17 Abs. 3 c Satz 4 FStrG
- Stellungnahme der Straßenbaubehörde
- Ausfertigungen Planunterlagen
- Deckblätter
- Vereinbarungen)

Auf Veranlassung des/der ... (Straßenbaubehörde) ist für das im Betreff bezeichnete Bauvorhaben das Anhörungsverfahren nach § 17 FStrG, § 73 VwVfG durchgeführt worden.

Folgende Behörden und Stellen haben Stellungnahmen abgegeben:

(z. B. Regierungspräsident - Dezernat Wasser, Abfallwirtschaft -
Kommunalbehörden
Eisenbahn-Bundesamt
Deutsche Post AG
Deutsche Telekom AG
Landeskonservator
Versorgungsunternehmen)

Folgende anerkannte Vereine sind von der Auslegung der Planunterlagen unter Übersendung einer Übersichtskarte i. M. ... unterrichtet worden: ...

Der Plan hat in der Zeit vom ... bis ... einschließlich in ... öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegen.

Die Auslegung der Planunterlagen ist vorher ortsüblich bekannt gemacht worden (§ 17 Abs. 3 b Satz 3 FStrG).

Einwendungen gegen den Plan sind - nicht - erhoben worden.

Von einer förmlichen Erörterung wurde gemäß § 17 Abs. 3 c Satz 3 FStrG abgesehen. Den Einwendern wurde Gelegenheit gegeben, sich abschließend zu den von ihnen rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu äußern.

Folgende Einwender haben sich innerhalb der ihnen gesetzten Frist geäußert:
.....
.....

Zu den Stellungnahmen der Behörden und Stellen und zu den rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird wie folgt Stellung genommen:

(In der Stellungnahme ist gegebenenfalls auf Folgendes besonders einzugehen:

1. Ausklammerung von Teilstrecken aus der Planfeststellung (z. B. weil aufgrund von neuem Vorbringen umgeplant werden muss)
2. Vorbehalte
3. Auflagen nach § 74 Abs. 2 VwVfG
4. Zusätzliche wesentliche Maßnahmen (z. B. Über- bzw. Unterführungen, Zufahrten, die von der Straßenbaubehörde unter Vorbehalt zugesagt worden sind, Deckblätter dazu - Begründung und Hinweise -)
5. Zusammenfassende Darstellung gemäß § 11 UVPG

6. Vereinbarungen, die nachrichtlich in die Planfeststellung aufgenommen werden sollen
7. Änderungen von Planunterlagen, denen die davon Betroffenen, die namentlich aufzuführen sind, ihre Zustimmung gegeben haben
8. Vollständigkeit der Planunterlagen, Vereinbarungen u. a., Nachreichen von Unterlagen
9. Eine Aussage darüber, ob die Bestimmung der Linienführung nach § 16 FStrG erfolgt ist
10. Stellungnahme zu den nicht ausgeräumten Einwendungen)

Um Übersendung von ... Ausfertigungen des Planfeststellungsbeschlusses wird gebeten.

Durchschrift an

.....
(Straßenbaubehörde)

Im Auftrag

.....
(Unterschrift)